

**Antrag 45/I/2023****KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Nichtbefassung (Konsens)****Einrichtung einer Task Force zur Durchsetzung des Zweckentfremdungsverbotgesetzes (ZwVbG)**

1 Die in Berlin faktisch zusammengebrochene Wohnraum-  
2 versorgung ist für Berlinerinnen und Berliner in vielen Fäl-  
3 len ein existenzielles Problem. Das Zweckentfremdungs-  
4 verbotgesetz (ZwVbG) ist als Landesgesetz ein scharfes  
5 Schwert im Hinblick auf das Verbot des Entzuges von  
6 Wohnraum aus der Wohnraumversorgung durch Leer-  
7 stand oder zweck-entfremdete Überlassung. Die Anwen-  
8 dung des Gesetzes liegt auf kommunaler Ebene. Es ist die  
9 Grundlage dafür, dass auf Bezirksebene Maßnahmen ge-  
10 gen den Entzug von dringend benötigtem Wohnraum ge-  
11 troffen werden können. Voraussetzung für die Durchset-  
12 zung des Zweckentfremdungsverbotes ist einerseits die  
13 Kenntnis von zweckentfremdetem Wohnraum, anderer-  
14 seits werden die Ressourcen zur Kontrolle und Durchset-  
15 zung benötigt. Daher wird beantragt, dass sich die SPD  
16 Pankow auf Bezirksebene dafür einsetzt, dass

17

- 18 • eine Zweckentfremdungs-Task-Force auf Bezirks-  
19 ebene eingerichtet wird. Diese ist so auszustat-  
20 ten, dass ein wirksamer Vollzug des Zweckentfrem-  
21 dungsverbotes sichergestellt ist. Die Ausstattung ist  
22 insbesondere in personeller, räumlicher und infor-  
23 mationstechnischer Hinsicht sowie in Bezug auf das  
24 juristische Know-how sicherzustellen.
- 25 • durch die Zweckentfremdungs-Task-Force eine sys-  
26 tematische Recherche in Bezug auf zweckentfrem-  
27 dete Wohnungen erfolgt. Dabei sind Daten insbe-  
28 sondere aus dem Liegenschaftskataster, den Grund-  
29 büchern und den Meldeinformationen abzuglei-  
30 chen. Ein Abgleich dieser Datenbestände zeigt, wel-  
31 che Wohneinheiten offenbar nicht bewohnt werden  
32 und also Leerstand oder eine Zweckentfremdung  
33 zu vermuten ist. Die so identifizierten Wohneinhei-  
34 ten im Bezirk sind von einer Zweckentfremdungs-  
35 Taskforce näher zu prüfen. Insbesondere sind auch  
36 Wohnraumvermietungen zu prüfen, die möbliert,  
37 zeitlich befristet und mit den Nebenkosten inklusive  
38 angeboten werden.
- 39 • die Zweckentfremdungs-Task-Force neben der  
40 Ermittlungs- und Kontrollaufgabe für die Schaffung  
41 der Datengrundlage für die Einrichtung eines  
42 Wohnungskatasters auf Bezirksebene zuständig ist.

43

44 Ein wirksames Durchgreifen in Bezug auf die Zweckent-  
45 fremdung ist erforderlich, um Rechts- und Gesetzesbruch  
46 zum Nachteil der wohnungssuchenden Menschen in Pan-  
47 kow zu bekämpfen. Der Rechtsstaat gilt auch auf dem  
48 Wohnungsmarkt. Dafür tritt die SPD ein.